

Verrat an der Aufklärung in der „Zeit“

von

Heinz Gess

Habermas' Plädoyer für einen „Ausgleich“ zwischen der fundamentalistischen Religion ist die praktizierte Negation des zur Politik unabdingbaren freien Raumes und der radikalen politischen Kritik eben des fundamentalistischen Herrschaftsanspruchs der Religion Islam.¹ Ihm liegt vermutlich die falsche Vorstellung zugrunde, die radikale demokratische Kritik an ursprungs- philosophisch (hier dogmatisch-religiös) begründeten totalen Herrschaftsansprüchen, sei ebenfalls fundamentalistisch und deshalb sei ein Kompromiss zwischen beiden „Fundamentalismen“ erforderlich. Ein solcher Kompromiss sei aber nur möglich, wenn die Aufklärung gewisse „Abstriche“ an ihrem „Fundamentalismus“ mache bzw sich „religiös unterfüttern“ ließe. Am Ende könne womöglich nur das allein noch vor dem Ansturm des Religiösen „retten“. Ähnliches konnte man in der letzten Zeit sehr häufig auch schon in der Wochenzeitung „Die Zeit“ lesen. So überraschte es mich nicht sonderlich als ich gestern (26.09.2010 bei Internetrecherchen auf einen am 08.09.2010 in der Zeit@online veröffentlichten Artikel mit der „Verrat an der Freiheit“² unter der Rubrik Islamdebatte stieß

¹ s. dazu mein Vorspann [Habermas' Kompromiss zwischen politischen Staat und Religion](http://bit.ly/cM4yfw) <http://bit.ly/cM4yfw>) zum offenen Brief von A. Dustdar an Habermas

² nachzulesen unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/islam-integration-muslime>. Unter dem Artikel in Zeit@online wird angegeben, der Artikel sei erstmal im Berliner Tagesspiegel veröffentlicht worden. Ich konnte ihn dort jedoch nicht auffinden.

Gemeint ist damit aber nicht etwa, dass der Artikel selber „Verrat an der Aufklärung“ übt – das wäre in der Tat richtig -, sondern dass der politische „Diskurs der Islamkritiker“, den der Autor des Zeit@online-Artikels fundamentalistische Aufklärung schimpft, solchen Verrat begehe. Es ist gut möglich, dass der Artikelschreiber die deutsche idealistische Reaktion auf die französische und angelsächsische Aufklärung seit Fichte nicht kennt und ihm deshalb entgangen ist, in welche Kontinuität er sich mit dieser seiner Diffamierung der radikalen, in der Tat undeutschen Aufklärung einreicht, die immer auch radikale Kritik religiös begründeter Herrschaftsansprüche ist. Vielleicht legt er als deutscher Patriot aber auch Wert darauf, in der Tradition deutscher Ideologen der radikalen Kritik religiöser Herrschaftsansprüche die gemäßigte positive deutsche Kritik entgegenzusetzen, die sich schon immer mit der herrschenden Religion gut zu stellen wusste und sich in diesem Sinne für den christlichen Staat in europäischen Kulturraum und den islamischen Staat im islamische Kulturraum aussprach, die beide gemeinsam hatten, dass das Judentum in ihnen keinen Ort hatte, niemals aber für die politische Emanzipation des Staates von der Religion, also auch nicht für den demokratischen politischen Staat, geschweige denn für der radikalen menschlichen Emanzipation kämpfte. So auch jetzt wieder. Statt für die Aufklärung, d. h. für die politische Emanzipation des Staates von der Religion und den radikal demokratischen, politischen Staat zu streiten und die noch zu vollbringende menschliche Emanzipation dabei im Sinn zu haben, wird auch in diesem Artikel neu wieder die politische Kritik am Islam, die das Bewusstsein für das, was den politischen, demokratischen Staat ausmacht, schärfen und der Zerstörung des politischen Raums durch die aggressiv-antidemokratische Ideologie der Funktionäre des Islam Einhalt gebieten will, selbst als „fundamentalistisch“ diskreditiert und in dieser Hinsicht mit dem fundamentalistischen Islam auf **eine Ebene** gestellt. Die Zeit@online schreibt diesbezüglich:

„Beunruhigend ist aber, dass der Diskurs der Islamkritiker wie ein Spiegelbild des Diskurses fundamentalistischer Islamisten wirkt, die meinen, ihre eigene Kultur gegen die Bedrohungen durch die westliche Moderne verteidigen zu müssen. Auf beiden Seiten gibt es dann ebenso parallel Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten zu den provokantesten Thesen in diesem Kampf um Identitäten. (...) Es ist verheerend, wenn der oft fundamentalistische Diskurs der deutschen Islamkritiker auf handfeste gesellschaftliche Probleme mit muslimischen Bürgern oder Einwanderern trifft. Da fällt es den deutschstämmigen Nachbarn schwer, zu unterscheiden, was an Kultur und Religion liegt und was seine Ursache in Armut und sozialem Umfeld hat. Der Slogan "Der Islam ist schuld" ist ebenso eingängig und unsinnig wie der Wahlspruch der Islamisten in der arabischen Welt "Der Islam ist die Lösung".

Glücklicherweise haben wir noch die Kirchen, welche die Muslime als Angehörige einer großen Weltreligion wahrnehmen und auf sie zugehen können.“³

Die These vom symmetrischen Fundamentalismus ist von Grund auf falsch. Es gibt die behauptete Symmetrie nicht, sondern zwischen dem „islamischen Diskurs“ als einem radikal identitären und der politisch-emanzipatorischen Kritik daran als negative Kritik des Identitätszwanges herrscht radikale Asymmetrie. Die vom Autor behauptete Symmetrie wird ohne jede Bezugnahme auf die Sache falsch in sie hineinprojiziert, wobei ihm sein Begriffsfetischismus - hier „islamischer Diskurs“, dort „islamkritischer Diskurs“ - hilft, dem falschen Schein Plausibilität zu verschaffen. Wahr ist dagegen: Die politisch-emanzipatorische Kritik am Islam ist keine positive Kritik. Sie kritisiert den Islam nicht, um eine andere positive Identität an dessen Stelle zu setzen, sondern sie kritisiert ihn als Legitimationsideologie einer Form von Identitätsherrschaft, die den politischen Diskurs unter freien Gleichen radikal ausschließt, unabhängig davon, ob sie sich hart oder moderat gibt. Sie kritisiert ihn mit dem Ziel, dass die unter diese Herrschaft subsumierten Menschen sich von diesem Identitätszwang mindestens politisch emanzipieren, ohne sich einer anderen Form dieses Identitätszwanges zu unterwerfen. Es geht ihr also nicht um den Ersatz eines kollektiven Identitätszwanges durch einen anderen, sondern um die Ermöglichung des Raumes der Freiheit, in dem Menschen ohne Angst mit der immer noch herrschenden Identität nicht-identisch sein können und ihre lebendigen nicht-identischen Erfahrungen zur Geltung bringen können. Es geht ihr um die Schaffung, Bewahrung und Ausweitung des herrschaftsfreien politischen Raumes in dem Sinne, wie Hannah Arendt diesen Raum bestimmt hat, nämlich so: „Der Sinn des Politischen, aber nicht sein Zweck ist, dass Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen, die nur in Notzeiten, nämlich Kriegszeiten, einander befehlen und gehorchten, sonst aber alle Angelegenheiten durch das Miteinanderreden und das gegenseitige Sich-Überzeugen regelten.“ (...) Das Politische ist demnach um die Freiheit zentriert, „wobei Freiheit negativ als Nicht-beherrscht-werden und nicht Herrschen verstanden wird und positiv als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt. Ohne solche Anderen, die meinesgleichen sind, gibt es keine Freiheit, und darum ist der, der über Andere herrscht (...) zwar beneidenswerter als die, welche er beherrscht, aber er ist um nichts freier. Auch er bewegt sich in einem Raum, in dem es Freiheit überhaupt nicht

³ Zeit@online: Verrat an der Freiheit: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/islam-integration-muslime>.

gibt.“⁴; ⁵ Wo immer der Staat als organisch- hierarchischer Staat bzw. als eine Form der Herrschaft gedacht und realisiert wird, in der „Edle“, die das „echte Sein“, den „wahren Ursprung“, den Logos oder was auch immer am reinsten verkörpern, als zu sich gekommene, mit sich identische oder „Erwachte“ über noch nicht Erwachte, nicht zu sich selbst Gekommene , mit dem Ursprung nicht in eins Fallende zu herrschen haben und dazu selbstverständlich eines Verwaltungs- und Wächterstabes bedürfen, wie das im Islam bis heute der Fall ist, kann es jenen herrschaftsfreien Raum der Politik nicht geben, in dem sich Menschen als vielfältige Gleiche erfahren und aus dieser Grundlage über ihr Gemeinwesen selbst bestimmen können. Diese politische Selbstbestimmung durchzusetzen, nichts anderes, ist die Intention der politisch- emanzipatorischen Kritik der Religion als vorherrschender Form von Ursprungsideologie, die von ihrer Anlage her das Gemeinwesen notwendig als durch Herrschaft konstituiert setzen muss.

Der Begriffsfetischismus, der die Symmetriebehauptung plausibel macht, ist zwar gedankenlos, insofern er ohne Bezugnahme auf die Sache erfolgt, aber strategisch vermutlich durchaus bedacht. Denn nur dadurch, dass der Autor des Tagespiegelartikels die fundamental asymmetrische Beziehung zwischen der fundamentalistischen Religion und der politischen Kritik daran zur symmetrischen verkehrt, kann er sich selber in die Position dessen bringen, der zwischen beiden äquivalenten Fundamentalismen vermittelt, von der Kritik „Abstriche“ von ihren Forderungen verlangt, damit ein „Ausgleich“ (Habermas) nach dem Muster des Äquivalententausches möglich wird, und jene, die die nötigen „Abstriche“ (Habermas) verweigern und den nötigen „Ausgleich“ bzw „Austausch“ damit verhindern, mit Ausschluss aus der neuen Volksgemeinschaft versöhnter Hirten des wahren Ursprungs drohen. Die

⁴ Hannah Arendt, Was ist Politik? Aus dem Nachlass, hg von Ursula Ludz, München 1993, S. 38 f.

⁵ Leider hat Hannah Arendt z T. auch aus persönlichen Gründen, die mit ihrer Zuneigung zu Heidegger und ihrer Abneigung gegen Adorno zusammenhängen, auf die ich hier nicht eingehen möchte, eine heftig Aversion gegen die kritische Theorie der Gesellschaft, insbesondere gegen ihren Begründer Karl Marx (und Adorno). Diese Aversion führt zu erheblichen Verzerrungen ihrer Wahrnehmung von der kritischen Theorie und zu Falschinterpretationen des Werkes von Marx. So schreibt sie auch in dem hier zitierten Buch „Was ist Politik“ neu wieder. bei Marx sei der politische Raum vollkommen von der Unterscheidung zwischen Herrschern und Beherrschten, Unterdrückern und Unterdrückten, Ausgebeuteten und bestimmt (a. a. O., S. 37 f., 90 f.) Ähnlich äußert sie sich wiederholt auch in ihrem bekannt gewordenen (Haupt-)Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (München 1986, dtische Erstausgabe 1955) Diese Interpretation des Marxschen Gesamtwerkes ist falsch, weil sie auf einer systematischen Verwechslung der Intention der Marx'schen Kritik und ihren realen Befunden beruht. Die Intention der Marschen Kritik ist die der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation von gesellschaftlicher Herrschaft, also die Ermöglichung der politischen Assoziation freier Produzenten. Sein Werk steht unter dem kategorischen Imperativ, „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigte, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx MEW 1, S. 385) Eben deshalb aber konzentriert sich sein Denken auf jene Strukturen, Prozesse und Kräfte, die der Emanzipation von Herrschaft entgegentreten und rücken dieses Negative ins Licht des kritischen Bewusstseins.

streitbare politische Diskussion um die allgemeine Geltung von normativen Geltungsansprüchen wird gedacht nach dem Muster des Warentausches, in dem man in der Tat „Abstriche“ macht, „Ausgleichszahlungen“ anbietet, seine Forderungen „unterfüttert“ etc. und immerzu „vermittelt“, wobei die erfolgreichsten Medien der Vermittler Herrschaft (Macht) und Kapital (Geld), die versachlichte Form der Herrschaft sind, und der politischen Kritik bedeutet wird, nicht mehr so fundamentalistisch zu sein und „Abstriche“ zu machen, um in den Tausch eintreten zu können. Mit Erwartungen dieser Art kommt die gesellschaftliche Herrschaft des ausschließlichen Eigentums als schein-ursprüngliches, nicht mehr in Frage zu stellendes, zur Totalität gewordenes Verhältnis im Raum der Politik, die die Negation dieser Herrschaft ist, bei sich an und der herrschaftsfreie Raum der Freiheit der politischen Diskussion, in dem Bürger als freie und gleiche Menschen miteinander um das wahre Allgemeine streiten, verschwindet. Es gibt keinen Raum der Politik mehr, sondern all überall nur noch den einen durch Herrschaft, die auf physischer Gewalt und ihren Abkömmlingen, oder auf abstraktem akkumulierten Reichtum beruht. Alle sind nur noch restlos Eigentümer. Als freie Staatsbürger existieren sie nicht mehr. Die freie politische Diskussion unter Gleichen ist ausgelöscht und in dem Raum, in dem sie einmal existierte, wirken mächtige „ursprüngliche Eigentümer“, Rackets beispielsweise des „Hauses der Sunny“ oder „der Schwa“ oder des „Hauses der einen anderen christlicher Kirchen“ des „Hauses des Deutschen Christentum“ oder auch der russischen Orthodoxie, des Buddhismus, Hinduismus, sozialistischen Atheismus und tauschen ihre Eigentumsansprüche aus und machen je nach ihrem Vermögen an akkumulierter Herrschaft und abstraktem Reichtum, „Abstriche“, „Kompromisse“, Ausgleichsangebote oder eben auch nicht. Wer „Integration“ oder „Versöhnung“ wie der Autor des Tagesspiegels nach diesem Modell des Tausches denkt und dazu noch die „fundamentalistische Islamkritik“ dazu aufruft, Abstriche zu machen, hat damit sehr deutlich zu erkennen gegeben, wo er die stärkeren Bataillone in dem „Machtkampf der Identitäten“ sieht. Denn die Aufforderung „Abstriche“ zu machen, ergeht immer an den Schwächeren nicht Stärkeren. Wo der Autor dieses Artikels im Kampf der Bataillone der Identitäten stehen wird, dürfte kein Geheimnis sein. Sein „Verrat an der Aufklärung“ ist zu offensichtlich, als dass man darüber auch nur den geringsten Zweifel haben kann.

Als hätte der Autor die Dürftigkeit seiner Argumente erkannt, die lediglich auf falschen, begriffsfetischistischen Gleichsetzungen von Ungleichnamigem beruhen, für die der Autor, um ihnen die nötige Plausibilität zu verschaffen, auch schon mal einen Slogan wie den unten angegebenen „Der Islam ist schuld“, den er als Zitat markiert, ohne dass er die Quelle angibt,

setzt er am Ende seines Artikels mit dem Gestus des besorgten Mahners nach und schreibt: „Es ist verheerend, wenn der oft fundamentalistische Diskurs der deutschen Islamkritiker auf handfeste gesellschaftliche Probleme mit muslimischen Bürgern oder Einwanderern trifft. Da fällt es den deutschstämmigen Nachbarn schwer, zu unterscheiden, was an Kultur und Religion liegt und was seine Ursache in Armut und sozialem Umfeld hat. Der Slogan ‚Der Islam ist schuld‘ ist ebenso eingängig und unsinnig wie der Wahlspruch der Islamisten in der arabischen Welt ‚Der Islam ist die Lösung‘.“

Dazu soviel: Auch hier produziert der Verfasser des Artikels dieselbe ideologische Volte wie oben. Unterstellen wir mit dem Autor, „deutschstämmigen Nachbarn“ (also nicht ihm selber) fiel es tatsächlich schwer zu unterscheiden, welche Integrationsprobleme „an Kultur und Religion“ (des Islam –HG) liegen und welche ihre „Ursachen in Armut und sozialem Umfeld haben“, und der Artikelschreiber sei wirklich jemand, der dem „Verrat an der Aufklärung“ entgegenarbeiten wolle, so wäre die logisch einzig richtige Folgerung, dass er alles ihm mögliche tut, die deutschstämmigen Nachbarn darüber aufzuklären, welche Integrationsprobleme politischer Art sind. Der Autor aber macht es gerade umgekehrt. Er nimmt die von ihm nur unterstellte Unaufgeklärtheit der deutschstämmigen Bevölkerung zum Vorwand, die für den Bestand und die Erweiterung von Demokratie und menschlicher Emanzipation von Herrschaft dringend erforderliche Diskussion des Islam als „verheerend“ zu unterbinden statt aufzuklären. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass meine andernorts geäußerte Vermutung berechtigt ist, jene Teile des politischen Establishments, die Sarrazins Kritik an der unzureichenden sozialen Integration von Moslems in das Wirtschafts- und Sozialleben der BRD mit – inzwischen realisierter – Amtsenthebung und Parteiausschluss sanktionieren wollen und als Argument dafür angeben, dass seine Argumentation eugenisch sei und auf menschliche Zuchtwahl hinauslaufe (was vermutlich richtig, aber nur eine Komponente seiner Argumentation ist) oder sie sogar mit dem Rassismus der Nazis in Verbindung bringen (was falsch ist), schlugen auf den Sack, d. i. Eugenik und Rassismus ein, meinten aber den Esel, d. i. die politisch-emanzipatorische Islamkritik, so wird er in diesem Artikel des Tagesspiegels expressis verbis geliefert: Weil die Deutschen angeblich nicht unterscheiden können, soll auch die politische Kritik des Islam, die mit jener des Sarrazin in den kritisierten Punkten nichts gemein hat, vielmehr zugleich auch die durchgeführte Kritik **jeglichen** Rassismus und Antisemitismus ist, schweigen. Merkel hat ausgesprochen, warum sie schweigen soll: Sie ist fürs Geschäft „wenig hilfreich“. Das reicht mittlerweile, um das Grundrecht der Freiheit der Kritik hierzulande auszuhebeln.

Heinz Gess (am 27. 09. 2010